

Internet-Adresse: <https://www.berlin.de/labo/mobilitaet/fahrerlaubnisse-personen-und-gueterbefoerderung/personenbefoerderung/artikel.258959.php>

## Hinweise zur Antragstellung einer Genehmigung für Ferienziel-Fahrten mit PKW und Ausflugsfahrten mit PKW

### Ausflugsfahrten und Ferienziel-Reisen § 48 Abs. 1 und 2 Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

- Ausflugsfahrten sind Fahrten, die der Unternehmer mit Kraftomnibussen oder Personenkraftwagen nach einem bestimmten, von ihm aufgestellten Plan und zu einem für alle Teilnehmer gleichen und gemeinsam verfolgten Ausflugszweck anbietet und ausführt. Die Fahrt muss wieder an den Ausgangsort zurückführen. Die Fahrgäste müssen im Besitz eines für die gesamte Fahrt gültigen Fahrscheins sein, der die Beförderungsstrecke und das Beförderungsentgelt ausweist. Bei Ausflugsfahrten, die als Pauschalfahrten ausgeführt werden, genügt im Fahrschein die Angabe des Gesamtentgelts an Stelle des Beförderungsentgelts.
- Ferienziel-Reisen sind Reisen zu Erholungsaufenthalten, die der Unternehmer mit Kraftomnibussen oder Personenkraftwagen nach einem bestimmten, von ihm aufgestellten Plan zu einem Gesamtentgelt für Beförderung und Unterkunft mit oder ohne Verpflegung anbietet und ausführt. Es dürfen nur Rückfahrscheine und diese nur auf den Namen des Reisenden ausgegeben werden. Die Fahrgäste sind zu einem für alle Teilnehmer gleichen Reiseziel zu bringen und an den Ausgangspunkt der Reise zurückzubefördern. Auf der Rückfahrt dürfen nur Reisende befördert werden, die der Unternehmer zum Reiseziel gebracht hat.

### Voraussetzungen für die Genehmigungen nach dem PBefG

1. Fachliche Eignung des Antragstellers gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 3 PBefG i.V. mit §§ 3 ff Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr – (PBZugV) in der jeweils gültigen Fassung.

Die fachliche Eignung für den innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr mit Taxen und Mietwagen wird grundsätzlich durch Ablegung einer Sach- und Fachkundeprüfung vor der **Industrie – und Handelskammer (Fasanenstr. 85, 10623 Berlin, Tel. 31510267/429)** nachgewiesen.

**Bei Gesellschaften, z. B. GmbH muss/müssen der/die verantwortliche/n Vertreter der Gesellschaft die fachliche Eignung nachweisen.**

Bei Gesellschaften des bürgerlichen Rechts (GbR) haben **grundsätzlich alle Gesellschafter** die fachliche Eignung nachzuweisen.

2. Persönliche Zuverlässigkeit gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 2 PBefG i. V. mit § 1 PBZugV in der jeweils gültigen Fassung

Zum Nachweis der persönlichen Zuverlässigkeit ist vom Antragsteller eine Auskunft aus dem Bundeszentralregister (Führungszeugnis) – Vordruck BZR 2 - (Belegart O) und dem Gewerbezentralregister – Vordruck GZR 3 – (Belegart 9) **jeweils zur Vorlage bei einer Behörde** beizubringen.

Diese Auskünfte sind bei der Meldebehörde (Bürgeramt) gebührenpflichtig zu beantragen und werden direkt an die Behörde an folgende Anschrift gesandt:

**Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – IV D 21 – Puttkamer Str. 16-18, 10969 Berlin – Verwendungszweck: Konzession PBefG**

**Führungszeugnis und Gewerbezentralregisterauszug sind ab Ausstellung 3 Monate gültig.**

**3. Finanzielle Leistungsfähigkeit gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 1 PBefG i. V. mit § 2 PBZugV in der jeweils gültigen Fassung**

Zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit des Antragstellers bzw. Unternehmens sind die im Antragsformular enthaltene Vermögensübersicht (Anlage 1) auszufüllen und die darin enthaltenen Hinweise zu beachten. Bei juristischen Personen (z.B. GmbH) ist zusätzlich die Eigenkapitalbescheinigung inkl. Zusatzbescheinigungen (Anlage 2) auszufüllen und einzureichen.

**Mindestens** erforderlich ist ein Umlaufvermögen / Guthaben von **2.250 €** für das **1. Fahrzeug**; und für **jedes weitere Fahrzeug 1.250 €**.

Die Eintragungen sind z.B. durch einen Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Fachanwalt für Steuerrecht, einer Wirtschaftsprüfungs-, Buchprüfungs- oder Steuerberatungsgesellschaft oder von einem Kreditinstitut bestätigen zu lassen.

**Das Guthaben und die Mittel der Fahrzeuganschaffung sind durch entsprechende Belege (Kontoauszüge, Sparbücher o.ä.) glaubhaft nachzuweisen.**

**4. Nachweis der steuerlichen / beitragsmäßigen Unbedenklichkeit**

Als Nachweis sind vom Antragsteller Bescheinigungen des zuständigen Finanzamtes, der Krankenkasse(n) und der Berufsgenossenschaft für Verkehr dem Antrag beizufügen.

Handelt es sich bei dem Antragsteller um eine bereits existierende, eintragungspflichtige Gesellschaft, so ist zusätzlich von der für die Führung der Geschäfte beauftragten Person die persönliche steuerliche Unbedenklichkeit nachzuweisen. **Gleiches gilt auch bei Personengesellschaften (z.B. GbR), wenn in der Gesellschaftsbescheinigung nicht alle Steuerarten inkl. Einkommensteuer ausgewiesen sind.**

**Die Unbedenklichkeitsbescheinigungen sind ab Ausstellung jeweils 3 Monate gültig.**

**ACHTUNG: Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft**

Die Bescheinigung in Konzessions-Angelegenheiten der Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft ist **nur bei deren Hauptverwaltung** einzuholen:

**BG Verkehr**  
Ottenser Hauptstr. 54  
22765 Hamburg

**NEUBEWERBER:** *holen eine Bescheinigung ein, dass noch keine Mitgliedschaft besteht, die sogenannte „Vor Anmeldung“*

Telefon (Vermittlung): 040 / 3980-0

Fax: 040 / 3980 1441

MITGLIEDER: *holen eine Bescheinigung ein, dass keine Beitragsrückstände bestehen*

Telefon: 040 / 3980 1271 oder 040 / 3980 1272

Internet: <https://www.bg-verkehr.de/@webcontactform>

5. Antragstellung durch Gesellschaften

Soll die Genehmigung einer eintragungspflichtigen Gesellschaft (z.B. GmbH, KG usw.) erteilt werden, so sind zusätzlich zu den o.g. Unterlagen auch Kopien des Gesellschaftsvertrages und ein aktueller Auszug aus dem Handelsregister einzureichen. (Bei eingetragenen Vereinen oder Genossenschaften sind entsprechende Nachweise zu erbringen; z.B. Vereins- oder Genossenschaftsregister).

**Der Antrag kann erst gestellt werden, wenn die Eintragung im Handelsregister vorgenommen und nachgewiesen wurde.**

(Bei juristischen Personen ist zusätzlich die Eigenkapitalbescheinigung inkl. Zusatzbescheinigungen (Anlage 2) auszufüllen und einzureichen. Siehe Nr. 3)

6. Betriebssitz

Der Betriebssitz muss sich im Land Berlin befinden.

### **Antragstellung**

Die Anträge können postalisch übersendet oder in die Hausbriefkästen: Friedrichstr. 219, 10969 Berlin und Puttkamer Str. 16-18, 10969 Berlin eingeworfen werden.

### **Gebühren**

**Die Erteilung, Erweiterung, Erneuerung etc. ist gebührenpflichtig:**

(Erstes Fahrzeug 60,00 €, jedes weitere Fahrzeug 30,00 €, sowie 3,30 € KBA Auskunft je Verantwortlichen im Unternehmen)

### **Bearbeitungszeiten**

Die Bearbeitungsdauer von Anträgen auf Ersterteilung, Erneuerung und Erweiterung beträgt ca. 2 – 3 Monate. Erneuerungsanträge sollten spätestens **drei Monate** vor Ablauf der bisherigen Genehmigung gestellt werden.

### **ACHTUNG:**

**Der Antrag gilt als gestellt, wenn alle vom Antragsteller einzureichenden Unterlagen vollständig vorliegen. Ggfs. können zusätzliche Unterlagen angefordert werden.**